

Kiel, 05.05.2006

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 26 - Wohnen im Alter (Drucksache 16/714)

Siegrid Tenor-Alschausky:

Älter werdende Gesellschaft birgt auch neue Chancen

Vielen Dank der Landesregierung; insbesondere dem Innenministerium und dem Sozialministerium als den federführenden Ministerien, für den hervorragenden Bericht. Mit ihrem Berichts Antrag zum „Wohnen im Alter“ haben die Koalitionsfraktionen den Blick auf einen Aspekt der Politik für ältere Menschen geschärft, der in seiner Komplexität weit über die Betrachtung traditioneller Formen altengerechten Wohnens hinausgeht.

2004 hatte die rot-grüne Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der SPD „Älter werden in Schleswig-Holstein“ die Ausrichtung ihrer Politik so formuliert:

Die Politik für ältere Menschen ist auf drei Ziele ausgerichtet:

- auf die Schaffung und Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für eine **möglichst selbständige und selbst bestimmte Lebensführung** im Alter,
- auf die Verbesserung der Möglichkeiten der **politischen und gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen** und
- auf die Weiterentwicklung von Diensten und Dienstleistungen der **Hilfen für ältere Menschen**.

Diesen Zielsetzungen fühlen wir Sozialdemokraten uns nach wie vor verpflichtet.

Der demografische Wandel stellt in vielen Bereichen die politisch Handelnden vor neue Aufgaben. Hierzu gehören auch die Herausforderungen, die sich aus der **Anpassung der Inf-**

rastruktur und der Wohn- und Lebensräume auf eine älter werdende Bevölkerung ergeben.

Es ist im Rahmen dieser Debatte nicht möglich, auf alle Teilaspekte des Berichts einzugehen. Von entscheidender Bedeutung ist aber, dass nach den vorliegenden Prognosen die Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein bis 2010 weiter ansteigen und erst dann wieder absinken wird, bis im Jahr 2020 wieder so viele Menschen in unserem Land leben werden wie heute.

Trotz annähernd gleicher Einwohnerzahl wird es 2020 aber fast 75.000 Haushalte mehr geben. Und diese Haushalte werden tendenziell älter und kleiner. Auch wenn es regional bemerkenswert unterschiedliche Entwicklungen geben wird, werden die Städte nur dann gute Zukunftschancen für die Stärkung der Wohnfunktion für die Älteren haben, wenn es gelingt, **attraktive und infrastrukturell gut ausgerüstete Wohnquartiere** anzubieten.

Im uns vorliegenden Bericht wird, vor allem im Hinblick auf die eingeschränkte Mobilität vieler älterer Menschen, auf die zu erwartenden Probleme der Versorgung im ländlichen Raum verwiesen. Ich zitiere: „Adäquate Ausstattungen mit Infrastruktur und Versorgungseinrichtungen lassen sich hier aber im Hinblick auf die nicht gegebene Tragfähigkeit von Einrichtungen auf Dauer kaum entwickeln.“ Mit dieser Aussage können wir uns nicht zufrieden geben. **Positive Ansätze**, die ja durchaus vorhanden sind, entstanden häufig aus LSEn, **müssen weiterentwickelt werden**. Dies betrifft aber auch Wohnquartiere in Stadtrandlagen und ist ein Problem für ältere Menschen und junge Familien gleichermaßen.

Wie schon in unserer ersten Debatte vermutet, besteht hinsichtlich des Wohnraumangebotes sowohl im Bereich der Mietwohnungsbestände als auch bei einem Großteil der selbst genutzten Eigenheime ein hoher Modernisierungs- und Anpassungsbedarf an die Wohnbedürfnisse älterer Menschen. Die Ankündigung der Landesregierung, die **Erfordernisse der**

individuellen Wohnraumanpassung durch Beratungsangebote aufgreifen zu wollen, nehmen wir mit großer Freude zur Kenntnis.

Schon in unserer letzten Debatte wies ich darauf hin, dass die durch den demografischen Wandel bedingten Handlungserfordernisse der Einbeziehung vieler Akteure bedürfen. Deshalb ist es nur zu begrüßen, wenn die Landesregierung ankündigt, Kommunen bei der Förderung integrierter Stadtentwicklungs- und Wohnraumversorgungskonzepte zu unterstützen. Hinzu kommen landesplanerische Rahmensetzungen und beratende Unterstützung von interkommunalen Kooperationsansätzen im Rahmen von Modellprojekten und deren Weiterentwicklung.

Dass wir nicht bei Null beginnen müssen, zeigt die Aufzählung gelungener Projekte geförderter Maßnahmen in Sanierungsgebieten unserer Städte. Optimal ist die **Kombination wohnungswirtschaftlicher Einzelmaßnahmen**, wie z. B. die Nachrüstung mit Aufzügen mit auf das Quartier bezogenen Verbesserungen der sozialen Infrastruktur.

Verstärkte Nachfrage älterer Menschen besteht nach **sozialen Gruppenwohnprojekten**. Wer in seiner Jugend WG-Erfahrungen gemacht hat, kann sich eine ähnliche Wohnform, natürlich altersgemäß angepasst, durchaus vorstellen. Ein enges nachbarschaftliches Miteinander, gegenseitige Hilfe und Unterstützung, gemeinsames Nutzen von Gemeinschaftseinrichtungen und nicht zuletzt die Flucht vor Einsamkeit: Das alles sind Gründe, die immer mehr ältere Menschen bewegen, für sich Alternativen zu traditionellen Wohnformen zu suchen. Die Verwirklichung solcher Projekte darf aber nicht gut situierten älteren Menschen vorbehalten bleiben. Deshalb begrüßen wir es, dass 2004 eine **genossenschaftliche Förderrichtlinie** entwickelt wurde, um diese Wohnform auch für die Zielgruppe der Sozialen Wohnraumförderung zugänglich zu machen.

Der sich verändernde Altersaufbau unserer Gesellschaft bedarf der Kooperation von Land, Kommunen und Wohnungswirtschaft sowie gemeinnütziger und privater Anbieter von

haushaltsunterstützenden Dienstleistungen. Wichtige Akteure der Gestaltung ihrer Zukunft sind aber auch die Alten selbst. Kommunen sind gut beraten, den Sachverstand ihrer Seniorenbeiräte intensiv zu nutzen!

Fazit: Die SPD versteht eine älter werdende Gesellschaft auch als eine **Gesellschaft neuer Chancen.** Unser Ziel ist es, dass alle Menschen auch in hohem Alter Anerkennung finden, aktiver Teil unserer Gesellschaft sind und in materieller und sozialer Sicherheit leben können. Angebote für Senioren sind zugleich auch Hilfe für Menschen aller Altersgruppen.